

Pro Senectute : nein zur Kantonalisierung der Altershilfe

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **96 (1999)**

Heft 8

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840534>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Bekämpfung von Armut kann nicht einfach Sache der Städte und Kantone sein. Vielmehr braucht es nationale Massnahmen. Die Städteinitiative «Ja zur Sozialen Sicherung» plädiert deshalb für eine stärkere Koordination der Sozialpolitik auf allen drei Ebenen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Städte und ihre Sozialhilfe ist das letzte Netz der sozialen Sicherung. Änderungen auf Bundesebene, in den Sozialversicherungen bekommt die Sozialhilfe schnell zu spüren – meistens mit grossen finanziellen Belastungen. Dies gilt für alle sozialpolitischen Dossiers: Arbeitslosenversicherung, AHV, Familienzulagen, Ergänzungsleistungen sind nur einige Stichworte. Eine bessere sozialpolitische Abstimmung würde nicht nur finanzielle Vorteile haben – eine grössere Transparenz, eine klarere Aufgabenteilung und eine langfristige Planung lie-

gen schliesslich auch im gesellschaftlichen Interesse, auch im Interesse der betroffenen KlientInnen.

Gesicherte statistische Grundlagen sind für eine gemeinsame Sozialpolitik-Planung unerlässlich. Zwar hat das Bundesamt für Statistik bereits angefangen, eine Datenbasis zu erstellen, doch wird diese so umfangreich sein, dass noch einige Zeit vergehen wird, bis erste Ergebnisse vorliegen. Für die Städte ist es aber wichtig, aktuell und unkompliziert an gemeinsame Kennzahlen zu kommen. Die Städte werden diesen ersten Benchmarking-Versuch ausbauen, um zu immer klareren Aussagen zu kommen und den Versuch auch für dieses Jahr fortführen. Voraussichtlich werden noch weitere Städte hinzu stossen.

*Alexandra Richter,
Informationsbeauftragte Städteinitiative
«Ja zur Sozialen Sicherung», Zürich*

Pro Senectute: Nein zur Kantonalisierung der Altershilfe

Mit der gegenwärtig zur Diskussion stehenden Kantonalisierung der Altershilfe würde der Bund eines seiner wichtigsten Instrumente der Alterspolitik verlieren. Dies betonte alt Nationalrat Albert Eggli, Präsident des Stiftungsrates von Pro Senectute Schweiz, anlässlich der diesjährigen Stiftungsversammlung in Neuenburg. Der Vorschlag einer Kantonalisierung bedeute eine ernsthafte Gefährdung des bestehenden, guten Altershilfenetzes. Deshalb wehre sich Pro Senectute Schweiz gegen den drohenden Abbau. Pro Senectute sei durchaus bereit, mit sich reden zu lassen, wenn es um neue Lösungen im Bereich der Altershilfe gehe, unterstrich Eggli. Es müsse allerdings klar sein, dass auch in Zukunft wesentliche Aufgaben vom Bund – bzw.

von der AHV-Kasse – mitfinanziert werden.

Bundespräsidentin Ruth Dreifuss, die Präsidentin der Stiftungsversammlung, erklärte, auch in Zukunft solle ein flächendeckendes Netz von Dienstleistungen und präventiven Angeboten für die älteren Menschen bestehen. Sie nehme zur Kenntnis, dass Pro Senectute weiterhin eine starke Bundeszuständigkeit in Fragen der Altershilfe wünsche. Besonderes Gewicht legte Ruth Dreifuss in ihrer Rede auf die Würde der hochbetagten Menschen. Es sei wichtig, Menschen bis ins ganz hohe Alter zu begleiten: «immer respektvoll, immer darauf bedacht, das in den Vordergrund zu rücken was sie noch können, und sie nicht auf das zu reduzieren, was sie nicht mehr können.» *pd*